

Meri Disoski fordert: Frauenquote allein reicht nicht für echte Gleichstellung!

Meri Disoski applaudiert zur Frauenquote in staatsnahen Aufsichtsräten, fordert aber umfassendere Maßnahmen zur Lohnungleichheit.



Österreich - Am 16. April 2025 hat Meri Disoski, Frauensprecherin der Grünen, die Erhöhung der Frauenquote in Aufsichtsräten staatsnaher Unternehmen als einen Schritt in die richtige Richtung gewürdigt. Die neue Regelung sieht vor, dass künftig die Hälfte der vom Bund entsandten Mitglieder in diesen Aufsichtsräten Frauen sein soll. Trotz dieser Fortschritte unterstreicht Disoski, dass weitere Maßnahmen notwendig sind, um die noch bestehende geschlechtsspezifische Lohnlücke zu schließen. „Echte Gleichstellung erfordert mehr Transparenz, Verbindlichkeit und Gerechtigkeit“, betont sie in ihrem Statement, in dem sie auch die Notwendigkeit von verpflichtender Lohntransparenz fordert, um den finanziellen Nachteil von Frauen zu bekämpfen.

In Österreich erhalten Frauen im Durchschnitt monatlich weniger, als ihnen zusteht. Um gegen diese Ungerechtigkeit vorzugehen, schlägt Disoski vor, Lohntransparenz für Unternehmen mit mindestens 35 Mitarbeitenden einzuführen. Diese Maßnahme könnte laut ihrer Auffassung positive Effekte für viele Frauen in Österreich haben. Disoski hat ein entsprechendes Anliegen als wichtige frauenpolitische Sofortmaßnahme eingebracht. Damit sollen auch die Vorgaben der EU-Richtlinie „Women on Boards“ vollständig umgesetzt werden, die eine verbindliche Frauenquote in Aufsichtsräten und Vorständen börsennotierter Unternehmen fordert.

Neue EU-Vorschriften zur Lohntransparenz

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Österreich
Quellen	• www.ots.at • www.bundeskanzleramt.gv.at • www.bmfsfj.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at